

## Sind wir zu langsam für die Zukunft?

ARTIKEL VON CHRISTIAN POPLUTZ, DER IM APRIL 2006 IN DER TAGESPOST VERÖFFENTLICH WURDE

**Regiert die Angst? Fehlt den Wählern der Mut? Wer bremst eigentlich wen? Und gibt es überhaupt eine Alternative zur Politik der kleinen Schritte? Allensbach-Chefin Renate Köcher über die Reformbereitschaft in Deutschland und zur Stimmungslage der Nation.**

Viele kleine Schritte will Bundeskanzlerin Angela Merkel mit ihrer Regierung gehen. Ob das Volk da mitgeht, bereitwillig oder murrend? Oder wären die Deutschen gar dazu bereit, mit kräftigem Anlauf die Gräben auf dem Hindernisparcours zu mehr Reformen zu überspringen? Kompetente Auskunft zur Stimmungslage der Nation gab Renate Köcher, Leiterin des Instituts für Demoskopie Allensbach, auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung in Mainz. Unter dem provozierenden Titel "Zu langsam für die Zukunft?" sprach sie über Innovationsoffenheit und Reformbereitschaft in Deutschland.

Eingangs widmete sich Frau Köcher einer in der Wirtschaft verbreiteten These: Die Politik sei viel "langsamer" als die Bevölkerung, wenn es um Reformbereitschaft gehe, denn - so die These - am Arbeitsplatz zeigten die Menschen viel mehr Bereitschaft zu Veränderungen als in der Politik. Diese These beruhe auf einer grundsätzlichen Fehldeutung des "Problems der zwei Geschwindigkeiten" von Wirtschaft, Wissenschaft und Technik einerseits sowie Staat, Politik und Verbänden andererseits. Letztere könnten mit der hohen Dynamik ersterer nicht Schritt halten. Doch gerade das hohe Veränderungs-

tempo in der Wirtschaft (sichtbar zum Beispiel am Verschwinden von einst mächtigen Großkonzernen wie Mannesmann und Hoechst) bringe die Bevölkerung dazu, an den Sicherheitsgarantien der Politik festzuhalten und die Erwartung von Stabilität auf den Staat zu richten. Die Politik sei gut beraten, auf diese Erwartungen der Bürger Rücksicht zu nehmen, denn die Ängste vor der Rücknahme staatlicher Sicherheitsgarantien seien langlebig. Beispiel Inflationsangst: Sie sei in Deutschland trotz jahrzehntelanger relativer Geldwertstabilität höher als in der Türkei, die erst in den letzten Jahren eine große Inflation erlebt habe. Dies wirke sich naturgemäß auf politische Entscheidungen aus. Die letzte Bundestagswahl habe der Politik die Botschaft vermittelt: "Wer sich zu schnell bewegt, fliegt raus!"

Damit ist aber nicht gesagt, dass es für die Politik schon ausreichend wäre, das richtige Reformtempo zu finden. Es kommt vielmehr auf die Themen an, die auf die Tagesordnung gehören. Hier nimmt manches kurzfristig zur "Katastrophe" hochgeschriebene Problemchen breiten Raum ein, während es schwerfällt, schleichenden, aber nachhaltig die Lebensverhältnisse ändernden und nur langfristig zu beeinflussenden Entwicklungen genügend Aufmerksamkeit zu sichern. Entscheidend sei, betonte Frau Köcher, dass die Politik auch solche Themen angehe, die von ihrem Problemgehalt als wichtig anzusehen seien, von den medial verstärkten Aufregungszyklen aber nicht oder nur periodisch erfasst würden. Sie illustrierte dies am

Beispiel der Demographie: Entgegen dem Eindruck aus der jüngsten Berichterstattung seien schwache Geburtenzahlen kein neues Problem: Die Geburtenraten in Deutschland seien bereits vor dreißig Jahren steil abgesunken, aber das Thema habe - von einer kurzen Phase Ende der achtziger Jahre abgesehen - eben keine Konjunktur in Politik und Medien gehabt. Kein Unternehmen hätte am Markt überlebt, das ein Problem wie die demographische Entwicklung derartig lange ignoriert hätte. Frau Köcher wandte sich gegen das Auseinanderfallen von Problementwicklungen und Themenkarrieren und empfahl der Politik Kontinuität in der Problemanalyse und konsequente Beschäftigung mit wichtigen Problemen - kurz: eine Abkopplung der politischen Agenda von den jeweiligen kurzlebigen Themenkonjunkturen. Kritisch fragte sie: "Gehen ausreichend qualifizierte junge Menschen in die Politik - oder doch lieber in die Wirtschaft?". Der Erfolg von Veränderungen stehe und falle mit der Qualität und Entschlossenheit des politischen Personals. Das Kernproblem sei das fehlende Vertrauen der Menschen in die Chancen der Veränderungen. Materielle Ängste nähmen zu, desintegrative Gesellschaftskräfte würden als bestimmend erlebt.

Die große Koalition fördere einen gewissen Fatalismus, zugleich gehe die Akzeptanz der von vielen nicht mehr als sozial empfundenen Marktwirtschaft zurück. Sie hänge nach Ludwig Erhard am Erfolg und an den Hoffnungen der Bevölkerung, an diesem Erfolg teilhaben zu können. Daran aber fehle es momentan. Die Menschen brächten aus der schon seit einigen Jahren andauernden Reformdiskussion den Eindruck mit, bei als "Reformen" bezeichneten Vorhaben handele es sich um permanente, kurzfristige Notmaßnahmen zur Abwendung eines Konkurses. Die auf sie zukommenden Belastungen sähen sie zwar realistisch und rechneten mit weiterhin steigenden Belastungen in vielen Lebensbereichen, verbänden diese aber nicht mit Hoffnungen auf mehr eigenen Dispositionsspielraum oder mehr gesellschaftliche Solidarität. Die verbreitete Skepsis der Bevölkerung folge daraus, dass der Sozialstaat ihr lange suggeriert habe, nur er sei stark, sie selbst aber schwach. Die Men-

schen nähmen dies so wahr, als ob auf ein goldenes Zeitalter nun eine düstere Zukunft folge. Frage man nach den Zukunftserwartungen in zehn Jahren, so befürchteten die meisten Menschen materielle Einbußen und größere soziale Unterschiede - mit 77 Prozent der mit Abstand höchste Wert bei der Frage nach den erwarteten gesellschaftlichen Veränderungen in Deutschland.

Demgegenüber wünsche sich die Mehrheit mehr Solidarität mit Schwächeren und eine wachsende Bedeutung der Familie.

Frau Köcher forderte einen Perspektivenwechsel: Heraus aus der Opferrolle. Man müsse auch die Chancen und Herausforderungen sehen. Obwohl Deutschland wie kaum ein anderes Land von der globalen Wirtschaft profitiere, könne es sich seine Zukunft darin offenbar nur belastend vorstellen. Deutschland habe noch immer viele Chancen, aber ein unterentwickeltes Bewusstsein dafür, statt sich bewusst zu machen, dass es abhängig sei von der Entwicklung und Produktion komplexer Großtechnologien (und nicht etwa von Massenartikeln, zum Beispiel Handys). Es sei einmal führend gewesen beispielsweise in der Reaktortechnologie mit den Prototypen von Hamm und Kalkar („Schneller Brüter“), habe diesen Vorsprung aber längst an andere Nationen verloren. Umso wichtiger sei es, sich auf diese Stärken der deutschen Wirtschaft zu besinnen und sich die Frage zu stellen, welche Entwicklungschancen reife Volkswirtschaften wie die deutsche besäßen.

Frau Köcher betonte, angesichts der weit höheren Dynamik der Wirtschaftsentwicklung in anderen Weltregionen folgten die Produktionsstätten dem Wachstum. Für einen Exportweltmeister werde die ganze Welt also nicht nur zum Absatzmarkt, sondern auch zur Produktionsstätte. Dies müsse Konsequenzen im Bildungssystem haben: Kinder und Jugendliche müssten darauf vorbereitet werden, dass sie nicht nur weltweit reisen und konsumieren, sondern auch arbeiten würden. Hierfür sei aber insbesondere mehr Kulturwissen erforderlich. Infolgedessen liege hier eine wichtige Reformaufgabe für die Politik: Die Vorbereitung der Jugend auf internationale Erwerbskarrieren,

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

MAINZ

Februar 2006

[www.kas.de/mainz](http://www.kas.de/mainz)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

die Begabtenförderung und die Verzahnung von Forschungseinrichtungen seien nicht nur sachlich geboten, sondern auch politisch relativ leicht umzusetzen. Trotz seiner Bedeutung sei Bildungspolitik für die Bevölkerung nämlich eher ein "Nebenthema" und nicht so sehr mit negativen Erwartungen befrachtet wie die Sozialpolitik.

In der Bildungspolitik seien daher viele wichtige Reformen möglich. Dazu gehöre auch die Behebung der deutschen Defizite bei der Förderung frühkindlicher Entwicklung. Hierzulande gebe es "nur Kinderverwahranstalten, keine Kinderfördereinrichtungen", kritisierte Frau Köcher. Auch die Mutterschaft müsse einen höheren Wert bekommen, sagte sie mit Blick auf die höheren Geburtenraten in Frankreich. Nicht die späte Mutterschaft sei zu idealisieren, sondern die frühe Vereinbarkeit von Kindern und Ausbildung oder Beruf sei zu fördern, auch durch eine bessere Betreuungs-Infrastruktur für Kinder. Schließlich gebe es ein zu enges Zeitfenster für Kinder (ca. fünf Jahre Anfang dreißig, nach Ausbildung und Berufseinstieg) bei Akademikerinnen in Deutschland, da die Ehe ja nicht mehr als lebenslange Absicherung gesehen werde. Dieses hierzulande vorherrschende "Phasenmodell" sei ungünstig und führe sowohl zu niedrigeren Geburtenraten wie auch zu geringerer Frauen-Erwerbstätigkeit. Die Reformagenda in Deutschland ist also lang und vielfältig, eine gegenüber dem letzten Jahr verbesserte Grundstimmung der Bevölkerung erleichtert manches Vorhaben. Ein genaues Hinsehen bei der Festlegung der politischen Prioritäten lohnt sich, unaufgeregt und sachorientiert. Wenn, um Max Weber zu zitieren, die Politik "ein starkes langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich" bedeutet, dann hat Deutschland jedenfalls Holz genug - und hoffentlich gute und beharrliche Politiker, die ihr Handwerk verstehen und den Bohrer beherzt an der richtigen Stelle ansetzen.